

Die Eiche

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

Nr. 46

Alle für das Hauptamt des Gewerkvereins bestimmten Poststücke
sind zu adressieren: Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands,
Berlin N. O. 35, Großwalddorf 222.

Ulm a. D., den 14. Nov. 1919

Sämtliche Geldsendungen sind zu richten an:
M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Großwalddorf 222.
Postleitzahl 20221 beim Postcheckamt Berlin N. W. 7.

30. Jahrgang.

Der gelbe Gewerkschaftsbund an der Arbeit.

Von Arbeitsschreiber K. Stüller, Frankfurt am Main.

Wie recht wir hatten, als wir prophezelten, daß die sogenannte gelbe Sumpfblanze nicht ausgerottet sei, sondern im Verborgenen desto besser weiter wüchse, zeigt uns so recht deutlich, die Abholzung des sogenannten wirtschaftsfreien Industrie-Arbeitertages für ganz Südwest-Deutschland, welcher am Sonntag, den 28. Oktober in Frankfurt a. M. stattfand. Es waren aber trotz aller Mühe nur ganz wenige wirtschaftliche Industriearbeiter anwesend, im Gegenteil aber waren hauptsächlich die Herren Unternehmer und deren politische Freunde versammelt. Es beteiligten sich auch keine Arbeiter an der Ausprache, dagegen mehrere Vertreter der Deutschen Volkspartei, sowie Herren der Deutschen Nationalen, am meisten aber Vertreter der Industrie. Schon allein daraus kann man ersehen, wie feines Blatt dorthin verfälscht waren. Den Vorsitz hatte ein gewisser Herr Geisler aus Frankfurt am Main, einer in der gelben Bewegung ehemalig bekannte Persönlichkeit. Seine Ausführungen waren das alte Klagedikt der früheren gelben Werkvereine in etwas neuer Ausbildung. Er warf den sämtlichen deutschen Gewerkschaften vor, daß sie gegen die Wohntreiberei die Versklavung der Produktion durch leichtfertige Streiks, durch Widerstand gegen arbeits- und zeitsparende Arbeitsmethoden u. a. vor, ohne aber an praktischen Beispiele andere Wege zeigen zu können. Er führte aus, daß die jetzige Wohntreiberei die Versklavung der deutschen Arbeiterschaft zur Folge habe. „Der gute Mann“ hat er vielleicht geschafft, seid der letzten fünf Jahre? oder ist er einer der Glücklichen, die es nicht nötig haben, von der Hände- oder Gesellschaft leben zu müssen? Es scheint so, sonst wäre es unverständlich, daß der gute Mann nicht in Kenntnis von diesen Fällen über sein Annehmen, daß er für seine Arbeit von den Herren Unternehmern sehr gut bezahlt wird, und ihm deshalb die teuren Lebensmittel- und Gebrauchsartikelpreise nichts ausmachen. Er erzählte uns dann ferner noch, daß sich der deutsche Arbeiterschaft mit noch anderen nationalen Gewerkschaften zusammengeschlossen hätte, also auf Süßig, ein Zentralverband aller gelben Gewerke. Derselbe erstreckt unter anderem seine Mitglieder zu Mittelstädten der Welt, dadurch zu machen, daß die dort bereiteten Arbeiter Werksgemeinschaften bilden, in denen ihre Erfahrung angelegt u. zum Erwerb von kleinen Anteilschein des Wertes verwandt werden. Die gutgefundne Arbeiterschaft müsse mit dem Knüppel in der Faust die verdorbnischen Streikheide niederschlagen. Wie sehr der gute Herr Geisler den Herren Unternehmern, sowie deren Vertretern aus dem Herzen gelaufen hat, beweist nicht nur der Besuch, sondern auch die anschließende Aussprache, in welcher sämtliche andere Organisationen verdammt und ihnen der Kampf bis auf Messer erklärt worden ist. Wir sehen also, trotzdem sich die Herren Unternehmer in der Arbeitsgemeinschaft verpflichteten, die sogenannten Werkvereine nicht mehr zu unterstützen, ist jetzt in vielen Städten das Gegentier der Fall; nur daß das Kind einen anderen Namen erhält. Darum gilt es in allen Betrieben Obacht zu geben, und sich diese neugegründeten oder noch entstehenden wirtschaftsfreien Vereine etwas nachher anzusehen und alles zu tun, um diese Schädlinge an der ganzen Gewerkschaftswirkung nicht hochkommen zu lassen. Hier ist Arbeit für die Herren Übergenossen, nicht Organisationen, die es ehrlich mit der Arbeiterschaft machen soll man bekämpfen, sondern diese gelben Sumpfblanzen austrotzen, dies muß die Aufgabe eines jeden organisierten Arbeiters sein, ganz gleich, ob er bei den Gewerkvereinen, freien oder wirtschaftlichen Gewerkschaften organisiert ist. Unser Kollegen aber richte ich die Mahnung: „Seid vorsichtig und warnet eure Kollegen vor diesen gelben Elementen!“

Zur Balutofrage.

Baluta (valeur française, value engl) bedeutet ursprünglich den Inhalt, Wert eines Wechsels, sobald, da diese meistens im ausländischen Verkehr ausgeübt werden, die in einem fremden Lande als gesetzliche Zahlungsmittel anerkannte Währung (Franken, Lire, Pfund Sterling, Dollar, Rubel usw.) und endlich die Währung überhaupt, insbesondere in ihrem Verhältnis zum Ausland. Im börsentechnischen Sinne bedeuten Baluten überhaupt fremde Geldsorten. Unter Devise (ursprünglich Unterscheidungszeichen) versteht man Wechsel auf ausländische Plätze in der dort geltenden Währung oder Baluta; das Devisegeschäft ist der An- und Verkauf solcher Wechsel durch die Banken und der Handel damit an der Börse. So bezüglich nach Baluta im engeren Sinn den Stand der ausländischen und inländischen Währung, wie er sich in dem Wechselkurs zwischen den verschiedenen Ländern und Währungssorten ausdrückt, z. B. Zürich 23 heißt 100, K. gelten in Zürich 29 Franken schweizerischer Währung. Dieser Wechselkurs unterliegt wie alle anderen geschäftlichen Transaktionen dem Gesetz von Angebot und Nachfrage und ist also steten Schwankungen unterworfen. So z. B. im Früh-

jahr, wenn die Ressession beginnt und dadurch größere Nachfrage nach Franken entsteht, steigt der Wechselkurs auf Zürich, weil der Kehrtzeit nicht ein paar hundert oder tausend Mark mit sich führen will, die er dann Ort und Stelle in der Schweiz oder Italien umtauschen muß, was oft mit Schwierigkeiten verbunden ist, sondern er lädt sich von seinem Bank einen Wechsel in beliebigen Betrag auf eine Ulricher oder Mailänder Bank geben und erzielt das Geld in der dortigen Währung. Im Herbst wenn dann der Reiseverkehr zurückfließt und die Nachfrage nach einführenden Frankensätzen nachlässt, geht der Schweizwechsel wieder zurück und der deutsche Kurswert steigt, da die Schweiz jetzt Kohlen und dergleichen von uns braucht. Doch bewegen sich diese Kurschwankungen in friedlichen Grenzen natürlich immer in sehr markigen Grenzen, da eine gewisse Stabilität oder Stabilität schon durch den gleichbleibenden Wert der beobachteten jellen Währung gegeben war und man nur Goldstücke hinzunehmen brauchte, wenn die Differenz gar zu ungünstig geworden wäre. Wenn das Gold nicht bloß gelegentlich Zahlungsmittel, sondern hat auch einen materiellen, sich ziemlich gleichbleibenden Wert als Ware, da es jederzeit eingeschmolzen und an Juweliere verkauft werden kann.

Diese Tatsächlichkeit vor dem Kriege: 100 Franken gleich 81 M oder 100 M gleich 128,4 Fr., ebenso 1 Pfund Sterling gleich 20,42 M; 1 Dollar gleich 4,20 M oder 100 M gleich 23,8 Dollar gleich 4,095 Pfund Sterling usw.

Es war also ein gewisser fester Stand gegeben zwischen den Hauptwährungsnationen und Ländern, um den Kurs wie um seinen Pol, je nach Angebot und Nachfrage von Wechseln, das heißt nach der jeweiligen Höhe und Stärke des Exports und Imports und des ganzen Handels u. Effektenverkehrs, der betreffenden Länder hin- und herzuwanken.

Dies hat sich nun durch den Krieg und insbesondere seine lange Dauer, durch die der Handelsverkehr zwischen der ganzen Welt, schließlich sogar den Neutralen unterbunden wurde, vollständig geändert. Überall sind Wertstörungen eingetreten, die Produktion der Waren hat vielfach fast ganz aufgehört, überall hat sie sich auf Herstellung von Kriegsmaterial, Pullover u. Uniformen usw. konzentriert, das jetzt teils zerstört, teils unbrauchbar, teils unfertig geworden ist während es an anderen Arten, die zum Wiederaufbau der Wirtschaft notwendig sind, fehlt. Deshalb ist in allen Ländern ein großer Warenausfall eingetreten, nicht bloß in Deutschland sondern auch z. B. in Amerika, das doch am wenigsten von allen Ländern vom Kriegheimgesuch war und sogar glänzende Geschäfte durch denselben gemacht hat. Dort fehlt es an deutschen Waren, insbesondere Rohstoffen, chemischen und pharmazeutischen Artikeln, aber auch an Waren des eigenen Landes, daher auch dort große Steuerung entstanden ist.

Um schlimmsten aber steht es in Deutschland, das ja fünf Jahre lang ganz abgesperrt von jedem Verkehr war und jetzt seine Wirtschaft wieder aufzufüllen und für den Export arbeiten soll, um seine Schulden an das sozialistische Ausland und die ihm von den Neutralen kreditierten Beträgen zu beglichen zu können.

Jetzt bedürfen wir allein von Amerika dringend 67 000 Tonnen Leder, 24 000 Tonnen Kupfer, 20 000 Tonnen Blei für unsere Elektroindustrie, 24 000 Tonnen Baumwolle, um unsere Baumwollspinnerei nur wenigstens in Gang zu setzen zu können; außerdem Kautschuk, Gummi, Nahrungsmittel, Spez, Fleisch, Getreide, Kaffee, Tee usw.

Was haben wir nun dafür zu geben? Unser Goldstaat ist fort und wenn wir auch Tausendmarktheine genug hinüberschicken so sagt das Ausland: „Ja, was kann ich mir dafür bei Dir kaufen?“ Hierüber und über die Mittel zur Beigung unseres Exports und damit unserer Baluta soll in einem zweiten Artikel gehandelt werden. Zwischen kann aber schon gesagt werden, daß es kein besseres und wirksameres Mittel gibt, als Arbeit, Organisation der Gewerkschaften und Sparsamkeit jedes Einzelnen im Großen und Kleinen, wie ja auch unsere Väter und Großväter im letzten Jahrhundert es geübt und sich dadurch wieder hochgearbeitet haben.

Die Erschwerungen der Kleinsiedlung und die Heranziehung des Laienelementes.

Es ist jetzt allgemein anerkannt, welche ungeheure Bedeutung sowohl für die Festigung unserer augenblicklichen Notlage wie für die dauernde Zukunft unseres Volkes — die schnelle und umfassende Kleinsiedlung besitzt, das heißt, die Ansiedlung möglichst großer Teile der nichtländischen Bevölkerung auf kleinen Bau-Gartenstellen, wo sie in Eigenhäusern bzw. wenigstens einen erheblichen Teil ihres Lebensbedarfs, es sei denn erzeugen. Aber immer wieder rückt die Kritik, daß durch diese Einschränkungen und Auflagen das Leben einfache und billige Siedlungen ungerne gebaut und verteilt und die Siedlungen des einzelnen Ansiedlungslustigen gelöscht werden. Besonders handelt es sich da um die Ansiedlung viel zu breiter und kostspieliger Straßen u. um die Handhabung des kommunalen Baubuchs u. des preußischen Ansiedlungsgesetzes von 1904, auf Grund deren den Kleinsiedlern oft

baum erschwingliche Bauten auferlegt werden. Gerade neuestens ist aus der Wirklichkeit des Lebens heraus wieder ein sehr eindrucksvoller Angriff in dieser Richtung erhoben worden durch die Schrift von Arthur Winkler „Kleinhaus und Gemeinde, Beiträge zur Groß-Berliner Wohnungsfrage“ (Berlin-Dichterfelde, Bernheimer Verlag), die zwar wohl etwas unrichtig ist, aber doch viel beachtliches Material beibringt.

Nun hat man ja neuerdings diesen Nebenstand durch überbehördliche Einwirkungen beizukommen gesucht. Im preußischen Wohnungsgesetz 1918 ist eine Dispensation vom kommunalen Bauverbote durch den Bezirksausschuss vorgesehen worden und noch viel weitergehende Befreiungen zur Aufhebung oder Widerruf dieser behördlichen Hindernisse hat die Reichsverordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 den neu eingeführten Bezirkswohnungstommissaren verliehen. Über es liegt auf der Hand, daß diese Art von Beihilfe natürlich ihre engen Grenzen hat, der einzelne kleine Siedler wird sehr oft nicht in der Lage sein, einen solchen Heimstättentrieb durchzuführen und auch der Bezirkswohnungstommissar kann doch nur in einzelnen Fällen eingreifen. Viel wichtiger und erproblicher wäre es, wenn von vornherein bei der Schaffung der betreffenden örtlichen Bestimmungen u. dann namentlich bei ihrer Auslegung und Handhabung der richtige Geist und das nötige weithinige Entgegenkommen gegen die Kleinsiedlung herrschen. Da ist nun der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß vielleicht wesentlich hierzu beitragen könnte eine anders geartete Heranziehung geeigneter Laienelemente zur Mitwirkung in den betreffenden amtlichen Körperschaften und bei ihren Entscheidungen. Ein starker Beweisgrund für die eben beschlagte Politik der öffentlichen Körperschaften ist der fiskalische Gesichtspunkt; es ist anzunehmen, daß diesen fiskalischen Gesichtspunkten gegenüber wenigstens gewisse Kreise des Laienelementes gern gesehen sein würden, den richtigen Gegenentwurf auszubilden. Nach dem bestehenden Rechtszustand ist das Laienelement zwar vielfach bei den einfließenden Entscheidungen zur Mitwirkung berufen, aber doch keineswegs überall. Vor allem aber dürfte es fast überall an der nötigen entsprechenden Heranziehung gerade der Kreise der Kleinsiedler selber, fehlen, um deren Interessen es sich handelt, die unter den behördlichen Erschwerungen leiden und ihre Folgen unausgefeiert am eigenen Leibe spüren. Diese Kleinsiedler vertreten gewissermaßen das Siedlungswesen der Zukunft; es ist daher gewiß nicht unbillig, sie bei den Entscheidungen, die für die zünftige Gestaltung dieses Siedlungswesens maßgebend sind, selber stark zu beteiligen. Die neuen Wahlrechte geben jetzt wohl so ziemlich überall an und für sich die Möglichkeit, solchen Wünschen gerecht zu werden. Möchte man deshalb überall in ernsthafte Erwägung ziehen, ob es nicht richtig und vorteilhaft wäre, insbesondere die Kreise der Kleinsiedler selber an den städtischen Baudeputationen, den Baupolizeibehörden, den Kreisausschüssen und ähnlichen Körperschaften stärker zu beteiligen.

Der Arbeitsmarkt im September 1919.

Nach den Feststellungen von 36 Fachverbänden die für 4 249 275 Mitglieder berichteten, waren im September dieses Jahres 92 173 oder 2,2 v. H. im Durchschnitt der Mitglieder arbeitslos gegen 3,1 v. H. im Vormonat und 2,7 v. H. im September 1913. Die Arbeitslosigkeit ist demnach nicht nur gegen den Vorvorort, sondern auch gegen den September 1913 gefallen. Über die Industrie der Holz- und Spannstoffe berichtet dann das Reichsarbeitsblatt folgendes:

Die Holzindustrie erfreut sich, da sie hinsichtlich der Roh- und Betriebsstoffe in hohem Maße vom Auslande und von der Kohlenbelieferung unabhängig ist und in der deutschen Forstfläche eine wenigstens bisher ausgezeichnete Grundlage besitzt, einer durchaus günstigen Lage, die auch in einem unverändert guten Gewerbsgang und in starker Nachfrage nach geklärten Arbeitskräften zum Ausdruck kommt. Für die nächste Zeit bessern sich die Aussichten noch durch die Mitarbeit in Nordfrankreich. Andererseits läßt sich aber für die weitere Zukunft die Besorgnis nicht unterdrücken, daß der durch die näher rückende Gewerbsabreitung bedingte Verlust an Waldfläche ihre Versorgung mit Rohstoff nicht unerheblich mindern wird. Unter Zugrundelegung der Forststatistik von 1913 würden mit dem abzutretenden Gebiete Preußens an Rugholz 198 894 Hektometer Landholz und 172 974 Hektometer Nadelholz zusammen 12,5 vom Hundert des preußischen Gemeindeflages verloren gehen. Durch die Abtumung wird in den ihr unterworfenen Gebieten weiterhin etwa 11 vom Hundert des preußischen Holzvertrages zum mindesten sehr stark gefährdet. Zu diesen Verlusten tritt die durch die Kohlennot herausbeschworene Gefahr, daß durch den um ein Drittel zu erhöhenden Holzeinschlag die deutschen Forsten in ihrem Rugholzbestande auf Jahre hinaus zu stark angegriffen werden und so ein weiterer Rückgang in ihrer Produktion in der Forstwirtschaft unterhält und an einigen Sägewerken am Weißelmarkt Interesse genommen hätten den Hauptbahnhof von Brünn nach Danzig verlegt. Das Unternehmen hat seit kurzem das Kapital von einer Million auf 3 Millionen erhöht.

Alle Zukäufe für Redaktion und Expedition sind zu richten an
F. Varnholt, Ulm a. D., Karlsstr. 47.
Telefon 1442.
Schluß der Redaktion: Montag mittag.

mangels in ihrer Leistungsfähigkeit sehr behindert; dies führt im Verein mit den fortwährend stattdlegenden Einfäulen des Auslandes, die der niedrige Marktpreis begünstigt zu einer Aufwärtsbewegung der Preise, die sich zurzeit für den Kuhstallmetzgerpreis von 280 bis 275 M. beläuft. In den Hauptwaldgebieten des Ostens herrscht zurzeit rege Nachfrage seitens des weltweiten Holzhandels, die die Preise befestigt und einzelne Artikel, wie astreine Steine, ganz unverhältnismäßig steigt. Die Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse droht aber auch hier Beeinträchtigungen herbeizuführen. Der Fortfall des Holzabsatzmarktes für Bahntransport hat zwar die Geschäftshöfe erhöht, die Nachfrage aber keineswegs gedämpft.

Die Herstellung von Kisten und Holzwaren hatte im Berichtsmonat ausreichende Beschäftigung.

Nach Holzplaster bestand vorübergehend starke Nachfrage, doch mußten infolge Materialmangels Arbeitsverkürzungen auf 8 Stunden bzw. Entlassungen eintreten.

In der Möbelindustrie war im Berichtsmonat abgesehen vom allgemeinen Kohlene und Materialmangel, die Beschäftigung unverändert gut. Fast überall herrschte Mangel an gelernten Tischlergesellen. Nachdem die Verhandlungen, die das Zustandekommen eines Reichstarbes für das Holzgewerbe erstrebt, gescheitert sind, haben zwischen Arbeitgebern und -nehmern mäßige örtliche Einigungen stattgefunden. In Berlin wird zurzeit über Gewöhrung von Urlaub verhandelt. Eine Anzahl von Betrieben hat die Forderung bereits bewilligt.

Die Pianofabriken waren sehr gut beschäftigt durch Kaufe aus dem Innern und natürlich aus dem Auslande.

Die Industrie seiner Korbmöbel und Korbwaren hatte guten Umsatz, so daß geschulte Arbeiter immer noch sehr gesucht wurden.

Die Bautenschäler, Massenherstellung von Fenstern, Türen, Leisten usw. war ausreichend beschäftigt.

Bei den Zellofiefabriken hatte die vorgerückte Jahreszeit eine Verschlechterung des Geschäftsgegens zur Folge.

Die Blüsterindustrie berichtet über einen guten Beschäftigungsgrad.

Die Schuhindustrie wies gegen den Vorvorort eine Verbesserung auf, die teilweise mit der Ritterung, vor allem aber mit dem besseren Einkommen von Stoffen zusammenhängt. Vereinzelt konnte auch durch maschinelle Anlage eine Erhöhung der Arbeitsleistung erzielt werden. In der westdeutschen Schuhindustrie stehen Tarifverhandlungen vor dem Abschluß für die Löhne für Schuhmacher auf 100 M., für Männer auf 55 M. die Woche festzulegen u. für Heimarbeit Erhöhung der Lohnsätze um 15–22 vom Hundert vorzusehen.

In der Korbindestrie, die ebenso wie der Korbhandel, während des Krieges völlig ruhte, und der es bisher noch an Rohstoffen fehlte, beginnt jetzt gute Beschäftigung einzutreten.

Von 100 Mitgliedern waren beim Deutschen Holzarbeiterverband 1,4, beim christlichen Verbande 0,1 und bei unserem Gewerkverein 1,5 arbeitslos.

Rundschau.

Fragen der Holzwirtschaft.

Am 27. Oktober fand in Berlin, im Herrenhaus eine Sitzung statt, die sich mit Fragen der Holzwirtschaft beschäftigte. Vertreten war das Reichswirtschaftsministerium, der Holzhandel, die Sägewerks- und Papierholzindustrie. Zur Beratung standen in der Hauptzähle die Fragen der Holz- und Ausfuhrpreise. — Bei Erörterung der Transportfragen wurde die Notwendigkeit einer schnelleren Wagengestellung betont namentlich für die zurzeit aufkommende Brennholzanhänger. Der Begründung eines Reichsausschusses für Holzhandel, Sägewerks- und Papierholzindustrie wurde grundsätzlich zugestimmt. Indessen befürwortete man in allgemeiner Form die Selbständigkeit der bestehenden Vereine und Verbände nicht an.

Die Aussichten für den deutsch-polnischen Holzhandel

werden gegenwärtig eifrig besprochen. In Danzig, Bromberg und Polen haben darüber Verhandlungen stattgefunden. Um die Entwicklung der Holzindustrie im Freistaat Danzig werden große Erwartungen gespannt. Im Zeitraum von wenigen Wochen haben rund 15 holzgewerbliche Unternehmungen in Danzig Niederlassungen errichtet. Man rechnet damit, daß die Holzausfuhr über Danzig aus Polen in zahlen und gesättigtem Material einen großen Aufgang erhalten wird. Ob die Aussichten, die der Holzhandelsverband mit England zu dienen scheint, nicht übertrieben sind, bleibt freilich abzuwarten. Im Zusammenhang mit der Bildung des Freistaates hat auch die Disconto-Bank Akt. Ges. in Bromberg, die polnischen Kapital vertritt rege Beziehungen zur Holzwirtschaft unterhält und an einigen Sägewerken am Weißelmarkt Interesse genommen.

hatten den Hauptbahnhof von Brünn nach Danzig verlegt. Das Unternehmen hat seit kurzem das Kapital von einer Million auf 3 Millionen erhöht.

